



Franciscans International

A voice at the United Nations



Franciscans International

Jahresbericht 2024

Impressum

Franciscans International: 37-39 Rue de Vermont, Postfach 104, CH-1211 Genf 20, Schweiz,
+41 22 7 79 40 10, geneva@franciscansinternational.org

Design:  **meinhardt** Verlag und Agentur, Friedensstraße 9, 65510 Idstein, Deutschland,
T +49 61 26 9 53 63-0, info@meinhardt.info

Deutsche Übersetzung: Christine Bruckner

Cover: Bruder Michael Flores **OFMCap** und FI besuchen eine Fischergemeinde, die von der Flüssiggasproduktion auf den Philippinen betroffen ist.

Photo p. 5: Franciscans International nimmt an einem Symposium zu ganzheitlicher Ökologie am Sienna College (USA) teil.

Franciscans International Jahresbericht 2024

Einführung

Grußwort des Vorsitzenden	4
2024 in Zahlen	6
Über Franciscans International	9

Advocacy im Jahr 2024

Bewahrung der Umwelt	10
Indigene Völker, Wirtschaft und Menschenrechte	12
Menschenwürde und Beenden von Straflosigkeit	14

Regionale Programme

Afrika	16
Amerika	20
Asien-Pazifik	22
Europa	26

Finanzbericht	28
---------------	----

Helfen Sie uns, die Menschenwürde und die Umwelt zu schützen!	29
---	----

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30
----------------------------------	----

Internationaler Vorstand	31
--------------------------	----



/ Grußwort des Vorsitzenden /

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Friede des Herrn sei mit euch! Im Namen des Internationalen Vorstands und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Franciscans International freue ich mich, Ihnen unseren Jahresbericht für 2024 vorzulegen. Darin finden Sie nicht nur einen umfassenden Überblick über unsere Arbeit, sondern auch persönliche Erfahrungsberichte aus Guatemala, den Philippinen, Madagaskar und dem Vereinigten Königreich.

Diese persönlichen Geschichten stehen stellvertretend für die Arbeit von franziskanischen Schwestern, Brüder und anderen Weggefährten, die Ungerechtigkeit nicht schweigend ertragen wollen – aber auch für das Wachstum von Franciscans International (FI) als Organisation, die im Jahr 2024 Partner aus vier Kontinenten zu den Vereinten Nationen eingeladen hat. Ich möchte unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren Schwestern und Brüdern an der Basis meinen tief empfundenen Dank aussprechen – ohne sie wäre unsere Arbeit nicht möglich. Gemeinsam bauen wir weiter auf der Grundlage unserer gemeinsamen Aufgabe auf, indem wir Brücken bauen zwischen lokalen, ausgegrenzten Gemeinschaften und internationalen politischen Entscheidungsträgern.

Ein Beispiel für diese Arbeit ist die Veröffentlichung zum Recht auf eine gesunde Umwelt, die FI in Zusammenarbeit mit Astrid Puentes entwickelt hat, einer bekannten Menschenrechtsanwältin, die heute als UN-Sonderberichterstatterin für Umwelt tätig ist. Die Anerkennung einer gesunden Umwelt als Menschenrecht war ein wichtiger Erfolg für Franciscans International, das für sein Engagement als Teil einer internationalen Koalition den renommierten UN-Menschenrechtspreis erhalten hatte. Doch das ist nie unser Endziel gewesen.

Das Recht auf eine gesunde Umwelt hätte keine Bedeutung, wenn es nicht verwirklicht und verteidigt werden würde. Aus diesem Grund haben wir uns mit Franziskanerinnen und Franziskanern ausgetauscht, die sich aktiv für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Unsere Veröffentlichung setzt die gewonnenen Erkenntnisse in Werkzeuge um, die von anderen betroffenen Gemeinschaften genutzt werden können, damit sie sich bei den Vereinten Nationen Gehör verschaffen können. In Vorbereitung der Feierlichkeiten zum bevorstehenden 800-jährigen Jubiläum des Sonnengesangs wird damit ein möglicher Weg aufgezeigt, wie FI sicherstellen kann, dass die bei den Vereinten Nationen getroffenen Entscheidungen auch wechselseitig positive Wirkung haben können.

All diese Arbeit wäre ohne Sie nicht möglich. Wir sind allen zutiefst dankbar, die Franciscans International durch ihre Gebete, ihre Mitwirkung und ihre finanziellen Spenden unterstützen. Ihre Unterstützung ist und bleibt unerlässlich, damit die franziskanische Botschaft von Würde, Fürsorge und Mitgefühl hinaus in die internationale Gemeinschaft getragen werden kann.

In einer Zeit, in der Menschenrechte und humanitäre Arbeit erneut unter Druck geraten, müssen wir standfest bleiben und bei der Gestaltung globaler Debatten und Politiken auf die Lehren des Heiligen Franziskus und der Heiligen Klara aufbauen. Die Vereinten Nationen bleiben das wichtigste Forum, in dem sich die internationale Gemeinschaft zum Gespräch versammeln und gemeinsame Lösungen für eine gerechtere und gleichere Welt vorantreiben kann. In diesen schwierigen Zeiten sind die Leitwerte der Franziskanische Familie so relevant wie eh und je für die gesamte Weltgemeinschaft: Franciscans International ist da, um die Menschenwürde, die Bewahrung der Schöpfung, den Dialog und den Frieden zu fördern.

Mit geschwisterlichen Grüßen

Michael A. Perry OFM

Vorsitzender des Internationalen Vorstandes



/ 2024 in Zahlen /

Stärkung



8

Konsultationen vor Ort



111

Mitglieder der franziskanischen Familie und andere Partner haben an Maßnahmen zu Kapazitätsaufbau und Strategiebildung teilgenommen

Über **300**



Mitglieder der franziskanischen Familie nahmen an 25 Outreach-Treffen teil

15



Mitglieder der franziskanischen Familie und andere Partner haben sich bei UN-Konferenzen eingebracht

14



Advocacy-Veranstaltungen und Teilnahmen an Konferenzen

50



Advocacy-Beiträge und Eingaben bei den UN

7



UN-Ergebnisdokumente wurden beeinflusst

70%



der FI-Empfehlungen fanden Eingang in offizielle UN-Berichte

Einfluss

*Aufmerksam
machen*

*weitere Verstöße
verhindern*

*Druck für Veränderung
aufbauen*

/ Thematische Bereiche /



Umweltgerechtigkeit



Rohstoffabbau



Menschenrechtsverteidigung



Indigene
Völker



Frieden und
Konflikt



Versamlungs- und
Meinungsfreiheit



Ausgegrenzte
Gruppen

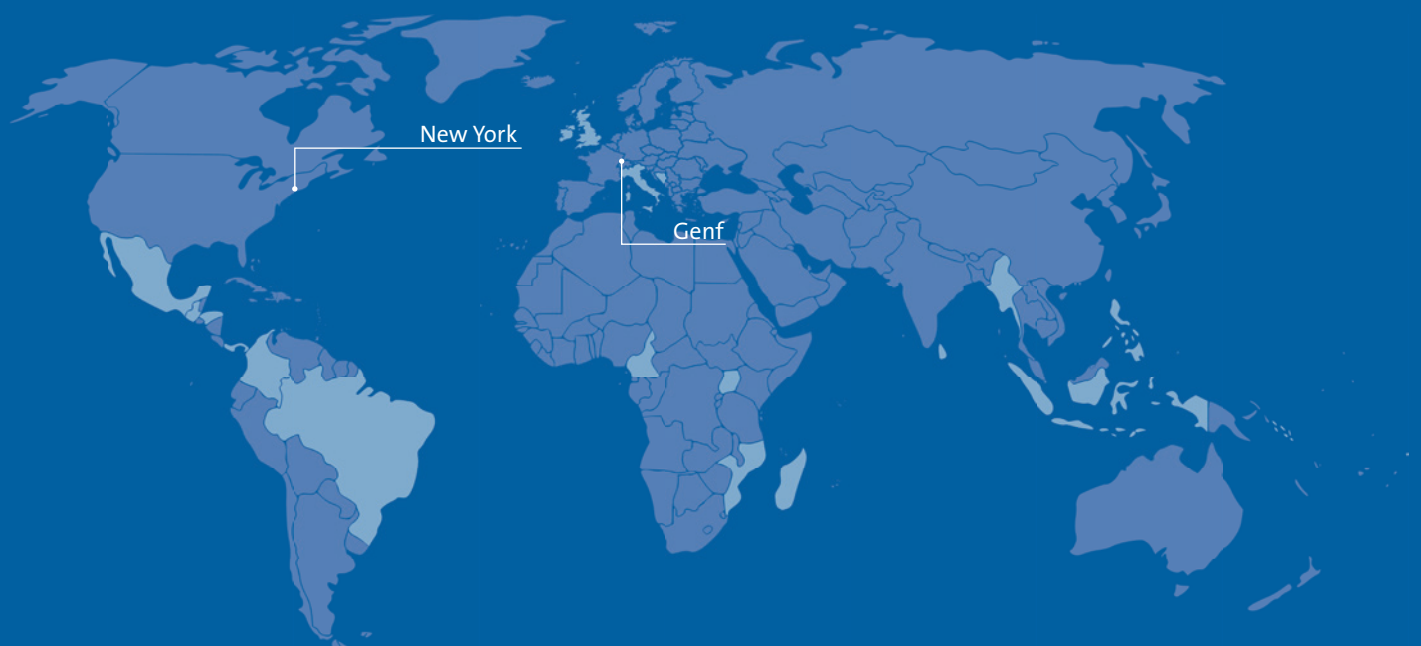


Migration und
Vertreibung



Recht auf Wasser und
Sanitärversorgung

/ Wo wir arbeiten /





SOMOS COMUNIDAD

LIBERTAD

IS HAND

Inclusión

Equidad

cultura

La Flor

M

Dignidad

HAPPY 30th DAY

/ Über Franciscans International /

Franciscans International (FI) ist eine Nichtregierungsorganisation mit allgemeinem Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Im Zentrum unserer Mission steht die Überzeugung, dass alle Menschen die gleiche Würde haben, und dies schlägt sich in unserem Engagement für den Schutz und die Bewahrung der Menschenrechte und der Umwelt nieder.

Seit unserer Gründung im Jahr 1989 setzen wir uns gemeinsam mit und im Namen der franziskanischen Familie dafür ein, Menschenrechtsverletzungen durch den strategischen Einsatz von Prozessen und Mechanismen der Vereinten Nationen (UN) zu verhindern, anzuprangern und gegen diese anzugehen. Wir tun dies, indem wir Fälle von Diskriminierung und Gewalt gegen Einzelpersonen und Gruppen, die am Rande der Gesellschaft leben, bei den internationalen politischen Entscheidungstragenden vorbringen und die Entscheidungs- und Normsetzungsprozesse der UN zu verschiedenen Themen und Ländern entsprechend beeinflussen.

Im Einklang mit ihrer Spiritualität und ihren Werten, die auf Einfachheit, Geschwisterlichkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beruhen, leben und arbeiten franziskanische Schwestern und Brüder oft mit benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen, genießen deren Vertrauen und gehören zu denjenigen, die ihren Anliegen am nächsten stehen. So sind viele Mitglieder der franziskanischen Familie Menschenrechtsverteidiger, und FI dient ihnen als Stimme bei der UN.

Mit Büros in Genf und New York arbeitet Franciscans International unter der Schirmherrschaft der Konferenz der Franziskanischen Familie (CFF), die die verschiedenen Zweige der franziskanischen Familie vertritt. Die Generalminister des Ordens der Minderen Brüder (OFM), der Konventualen (OFMConv), der Kapuziner (OFMCap), des Regulierten Dritten Ordens (TOR), des Franziskanischen Säkularordens (OFS) und der Präsident der Internationalen Franziskanischen Konferenz der Schwestern und Brüder des Regulierten Dritten Ordens (IFC-TOR) sowie der Internationale Vorstand, dem auch ein Vertreter der Anglikanischen Franziskanischen Gemeinschaft angehört, arbeiten mit den FI-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen, um sicherzustellen, dass die Organisation das Engagement der franziskanischen Familie für Gerechtigkeit und Frieden in der ganzen Welt unterstützt und aufrechterhält.

*Ein Wandbild im Viertel La Honda
in Medellin (Kolumbien), wo
Franziskanerbrüder Migrierende
aus Venezuela unterstützen*

/ Advocacy im Jahr 2024 /

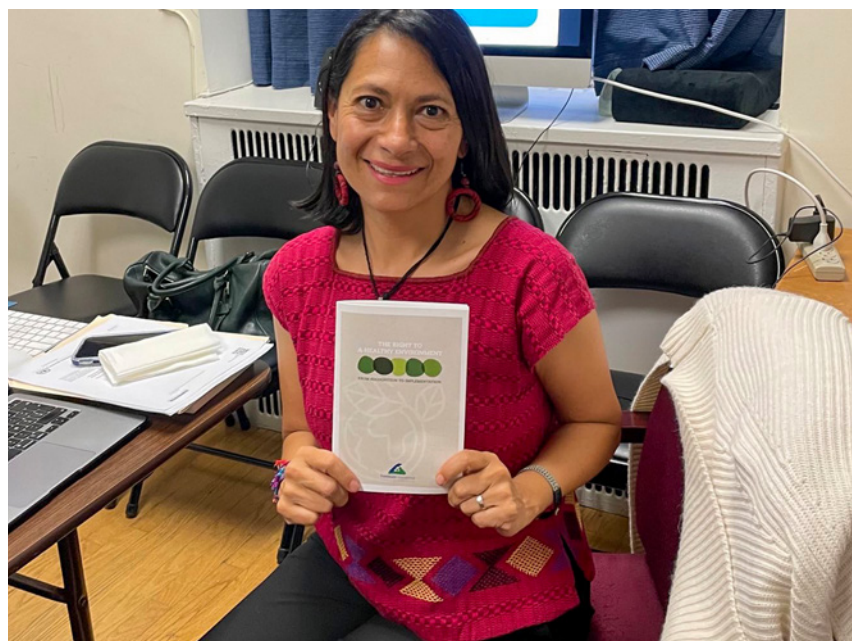
Im Jahr 2024 verstärkte Franciscans International weiter seine Arbeit mit franziskanischen Verbündeten auf der ganzen Welt, um den Stimmen der von Menschenrechtsverletzungen betroffenen Gemeinschaften Gehör bei den Vereinten Nationen (UN) zu verschaffen. Auch wenn die jeweiligen lokalen Situationen individuell geprägt sind, sind die menschenrechtlichen Herausforderungen derjenigen Menschen, für die sich franziskanische Schwestern und Brüder einsetzen, oftmals Teil von globalen und miteinander verwobenen Problematiken. Wir unterstützen dabei, gerechte, kollektive und rechtebasierte Lösungen zu finden, indem wir Brücken zwischen den Partnern an der Basis und dem UN-Menschenrechtssystem bauen. In einem Jahr, das von wachsenden geopolitischen Spannungen, demokratischen Rückwärtsentwicklungen und sich verschärfenden Klimaauswirkungen geprägt war, haben wir uns auch weiterhin dafür engagiert, Rechenschaftspflicht einzufordern und den Stimmen der Menschen am Rande der Gesellschaft Gehör bei den Entscheidungstragenden zu verschaffen.

Bewahrung der Schöpfung

Überall auf der Welt sind Gemeinschaften, die bereits am Rande der Gesellschaft leben, auch diejenigen, die am stärksten betroffen sind von der dreifachen weltweiten Krise von Umweltverschmutzung, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt – und ihre Stimmen werden in der Regel am wenigsten in globalen politischen Debatten gehört. Im Jahr 2024 setzte Franciscans International sein Engagement für solche lokale Gemeinschaften fort und brachte ihre täglichen Probleme, ihre bewährten Verfahrensweisen und ihre Forderungen bei den Vereinten Nationen vor. Unsere Erklärungen und Eingaben bei verschiedenen UN-Mechanismen bezogen sich auf konkrete Fälle unserer Partner aus zahlreichen Ländern, von Brasilien über Mittelamerika bis Madagaskar und die Philippinen. Durch gemeinschaftliche Initiativen im Rahmen von Allianzen mit zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen haben wir die Zusammenhänge zwischen Menschenrechten und Umweltfragen verdeutlichen können, und dabei konkrete Erfahrungen und Fälle von der Basis vorgelegt.

Es war ein wichtiger Sieg für FI und unsere Mitstreitenden für Umweltgerechtigkeit, dass im Jahr 2021 – nach fast 50 Jahren – das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt weltweit anerkannt worden ist. Jetzt konzentrieren wir uns darauf, sicherzustellen, dass dieses Recht vollständig verwirklicht wird und dass diejenigen,

*Astrid Puentes, die derzeitige
UN-Sonderberichterstatterin für
Umwelt, mit einer aktuellen
Veröffentlichung von FI*



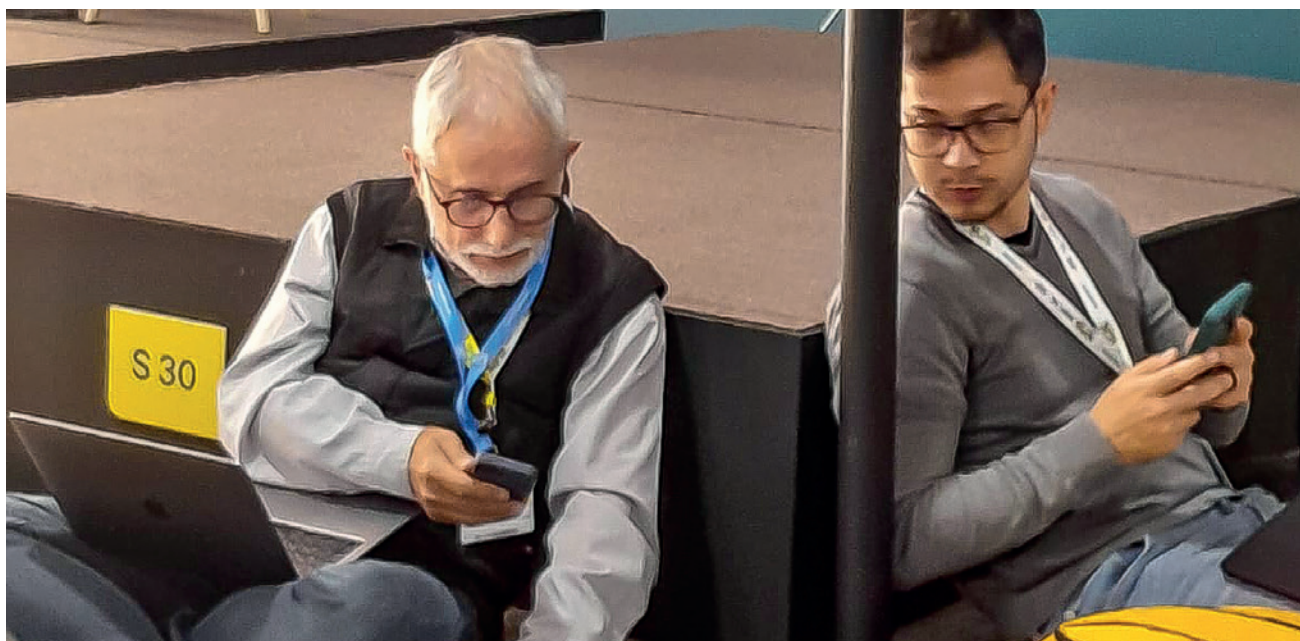
die es verletzen, zur Rechenschaft gezogen werden. Im September 2024 haben wir eine neue Veröffentlichung zum Recht auf eine gesunde Umwelt vorgestellt, die betroffenen Gemeinschaften an der Basis helfen soll, das Recht auf eine gesunde Umwelt und seine Umsetzungs- und Überwachungsmöglichkeiten besser zu kennen zu lernen (englischer Titel der Veröffentlichung: „The Right to a Healthy Environment: From recognition to implementation“). Basierend auf Erfahrungen, bewährten Verfahrensweisen und Strategien, die unsere vor Ort tätigen Partner während eines FI-Workshops im Jahr 2023 beigesteuert haben, untersucht dieses praxisorientierte Werkzeug auch die gewonnenen Erkenntnisse und bietet Strategien, wie Herausforderungen bei der Stärkung und der Verteidigung des Rechts auf eine gesunde Umwelt bewältigt werden können.

Gemeinsam mit anderen religiösen Organisationen hat FI auch die Leitung einer Initiative übernommen, um in UN-Räumen auf das Problem der nicht-ökonomischen klimawandelbedingten Schäden und Verluste (non-economic loss and damage; NELD) aufmerksam zu machen. Als relativ neue politische Fragestellung betrachtet der NELD-Ansatz solche Auswirkungen des Klimawandels, die in wirtschaftlicher Hinsicht nicht leicht quantifizierbar sind, jedoch dennoch sehr real und schädlich für die Menschenrechte und für das menschliche Wohlergehen sind. Beispiele dafür sind der Verlust von Land, kulturellem Erbe, Identität oder Sprache. Religiöse Organisationen sind dank ihrer starken und tiefen Verwurzelung mit den betroffenen Gemeinschaften in einer einzigartigen Lage, die Thematik der nicht-ökonomischen klimawandelbedingten Schäden und Verluste aufzugreifen und konkrete, lokale Fälle der verheerenden Auswirkungen solcher Schäden zu dokumentieren.

Franciscans International wirkte an einer Studie des Geneva Interfaith Forum on Climate Change, Environment and Human Rights (GIF) mit, in der solche Erfahrungen aus erster Hand untersucht wurden, um so ein umfassenderes Verständnis zu vermitteln. Wir präsentierten unsere Ergebnisse bei zwei Parallelveranstaltungen während verschiedener UN-Sitzungen und brachten dabei eine menschenrechtliche Perspektive auf dieses Thema mit ein. Im Rahmen unserer Bemühungen, dieses Thema in breitere UN-Debatten zum Klimawandel zu integrieren, organisierte Franciscans International während der 56. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats auch eine Parallelveranstaltung zu nicht-ökonomischen klimawandelbedingten Schäden und Verlusten.

Advocacy-Tätigkeiten für einen menschenrechtsbasierten NELD-Ansatz war auch eine der obersten Prioritäten der FI-Delegation bei der 29. UN-Klimakonferenz (COP29) in Aserbaidshan, nachdem bei der vorangegangenen COP28 in Dubai

*Bruder Rodrigo Peret OFM und
Igor Bastos von der Laudato
Si'-Bewegung während der
UN-Klimakonferenz in Baku*



bereits ein Fonds zum Umgang mit Verlusten und Schäden (Fund for Responding to Loss and Damage; FRLD) ins Leben gerufen worden war. Wir haben zwei relevante Parallelveranstaltungen mitorganisiert, bei denen Möglichkeiten diskutiert wurden, die Rechte der betroffenen Gemeinschaften zu schützen und das gesamte Spektrum solcher Schäden zu erfassen, die über materielle und finanzielle Verluste hinausgehen. Mit dem Ziel, die Bewahrung unserer Schöpfung umfassender zu fördern, haben wir den traditionellen Talanoa Interfaith Dialogue mitorganisiert und eine Reihe von franziskanischen Online-Gesprächen zu Klimathemen veranstaltet. Im Rahmen des Interfaith Call to Action bei der COP29 unterstrich FI die dringende Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen, darunter den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Wirtschaft, Menschenrechte und indigene Völker

Die negativen Folgen unkontrollierter Unternehmensaktivitäten wirken sich immer stärker nicht nur auf die Umwelt aus, sondern auch auf die Ausübung weiterer Menschenrechte. In einer globalen Wirtschaft, in der Unternehmen routinemäßig jenseits ihrer nationalen Grenzen Geschäfte machen, ist es umso wichtiger, die Verantwortlichkeit von Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zu überwachen und einzufordern. Im Jahr 2024 engagiert sich Franciscans International weiterhin in der offenen Zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe (IGWG) zu Wirtschaft und Menschenrechten und setzte sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Koalitionen für einen robusten, rechtsverbindlichen Vertrag ein, der Unternehmensaktivitäten nach völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtsnormen regulieren soll.

Trotz verfahrensbedingter Verzögerungen sowie Versuchen von Unternehmensseite, den Prozess für eigene Interessen zu nutzen, wurden auf der zehnten IGWG-Sitzung im Dezember 2024 Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt. Unter anderem wurde auf breiterer Basis anerkannt, dass stärkere internationale Normen dringend notwendig sind, um die Aktivitäten transnationaler Unternehmen zu regulieren. Während des gesamten Jahres hat FI sich durch mehrere Stellungnahmen bei relevanten UN-Debatten auf die Sitzung vorbereitet, an der so genannten „intersessionalen“ Sitzung der IGWG teilgenommen und Parallelveranstaltungen organisiert, insbesondere bei der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau. Während der Sitzung der IGWG selbst haben wir Interventionen geleitet und



unterstützt, die die Bedeutung unterstrichen, dass Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen verhindert werden müssen, die juristische Rechenschaftspflicht nachhaltig sichergestellt werden muss und die Rechte der betroffenen Personen und Gemeinschaften geschützt werden müssen.

Grundlage für die Advocacy-Arbeit von Franciscans International für eine stärkere Verantwortung von Unternehmen im Rahmen der IGWG und anderer UN-Mechanismen ist die Arbeit von Verbündeten an der Basis, die Menschenrechtsprobleme, von denen lokale Gemeinschaften betroffen sind, aufgreifen und Verletzungen und Missbrauch dokumentieren. In einigen Fällen umfasst dies, auf bestehende Situationen aufmerksam zu machen. So haben wir beispielsweise im September beim Menschenrechtsrat verschiedene Problembereiche aufgezeigt, wie die Erschließung von flüssigem Erdgas im Norden Mosambiks lokale Gemeinschaften immer weiter verdrängt und eine Menschenrechtskrise herbeiführt. In anderen Fällen hat Franciscans International Gemeinschaften unterstützt, die für bereits erfolgte Menschenrechtsverstöße Rechenschaftspflicht und Wiedergutmachung fordern. So beispielsweise im April, als wir einen Minderbruder aus Brasilien eingeladen hatten, der den Sonderberichterstatter für Giftmüll sowie für die Rechte auf Gesundheit und auf eine gesunde Umwelt von den anhaltenden, verheerenden Auswirkungen des Einsturzes des Fundão-Staudamms in Mariana, Minas Gerais, im Jahr 2015 berichtete.

Indigene Völker sind besonders betroffen von solchen Menschenrechtsverletzungen und den Folgen einer weitgehenden Straflosigkeit von Unternehmen. Die Rechte indigener Völker, ihr angestammtes Land zu besitzen, zu nutzen und zu kontrollieren, werden häufig durch große Landwirtschafts- und Rohstoffabbau-Vorhaben verletzt, inzwischen aber zunehmend auch durch die Erschließung grüner Energien. In Eingaben an Vertragsorgane und Sonderverfahren der Vereinten Nationen forderte FI eine stärkere Verantwortlichkeit der indonesischen Regierung in Bezug auf das Merauke National Strategic Project in West-Papua, bei dem traditionelles Land indigener Papua zwecks Anbaus von Zuckerrohr, Reis und anderen industriellen Vorhaben angeeignet wurde. Wir haben auch Partner aus Guatemala zu Sitzungen des Menschenrechtsrats eingeladen, damit sie die gewaltsame Vertreibung indigener Gemeinschaften und die nicht einvernehmliche Nutzung und Verschmutzung des Wassers sowie weitere Umweltschäden an ihrem Land infolge von Rohstoffabbau schildern konnten.



Indigener Teilnehmer während einer Parallelveranstaltung beim UNPFII

Während der 23. Sitzung des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten standen zahlreiche Berichte von Basisvertretern zu Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen auf der Tagesordnung. Als Mitglied in der Bergbau-Arbeitsgruppe bot FI für indigene Teilnehmende Möglichkeiten – wie einen Frühstücksdialog und ein „Nord-Süd-Gespräch“ – wo sie berichten konnten, wie ihr Land und ihre Lebensgrundlagen durch Unternehmensaktivitäten und Klimawandel bedroht werden. Zusammen mit der US-amerikanischen Treaty Alliance und der Bergbau-Arbeitsgruppe organisierte FI auch Parallelveranstaltungen, bei denen Strategien diskutiert wurden, wie man durch kollektive Maßnahmen robustere Rechenschaftsinstrumente schaffen und die Selbstbestimmung unter jungen indigenen Vertretern fördern kann.

Menschenwürde und Beenden von Straflosigkeit

Auf der ganzen Welt begleiten Franziskanerinnen und Franziskaner Einzelpersonen und Gemeinschaften, deren grundlegende Rechte unterdrückt werden und deren Würde bedroht ist. Eine zentrale Säule der Arbeit von Franciscans International ist unsere Advocacy-Arbeit bei Mechanismen der Vereinten Nationen, um Straflosigkeit zu beenden und Rechenschaftspflicht nach Menschenrechtsverletzungen durchzusetzen. Dies kann dadurch erfolgen, dass bestehende Gesetze und Maßnahmen angewendet und umgesetzt werden: In Uganda beispielsweise griff FI die Anliegen seiner Partner auf, die die mangelnde Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen gegen Menschenhandel und Kinderreihen beklagten sowie Rückschritte der Regierung beim Schutz von Kinderrechten. Zu diesen und ähnlichen Themen unternahm Franciscans International Interventionen bei den Vereinten Nationen und konnte dabei auf früheren gemeinschaftlichen Advocacy-Tätigkeiten aufbauen. Wir engagierten uns beim Ausschuss für die Rechte des Kindes, dass Folgeaktivitäten zu mehreren Maßnahmen eingeleitet wurden, um die Rechte von Frauen und Mädchen zu schützen.

Bei anderen Ländern lag der Fokus von Franciscans International auf der Rechenschaftspflicht für bereits erfolgte Menschenrechtsverletzungen, wobei aber auch auf bestehende Angriffe auf die Menschenwürde mitberücksichtigt wurden. Wir haben im Menschenrechtsrat erneut auf die Situation auf den Philippinen hingewiesen, wo weiterhin Straflosigkeit für außergerichtliche Tötungen, gewaltsames Verschwindenlassen und Entführungen herrscht. Dabei ist es die erklärte Absicht der jetzigen Regierung, den so genannten „Krieg gegen Drogen“ zu beenden, bei dem über 30.000 Menschen aus hauptsächlich armen Gemeinschaften getötet wurden. FI forderte nachdrücklich eine unabhängige

Die franziskanische Delegation bei der Kommission für die Rechtsstellung der Frau vor den Vereinten Nationen in New York





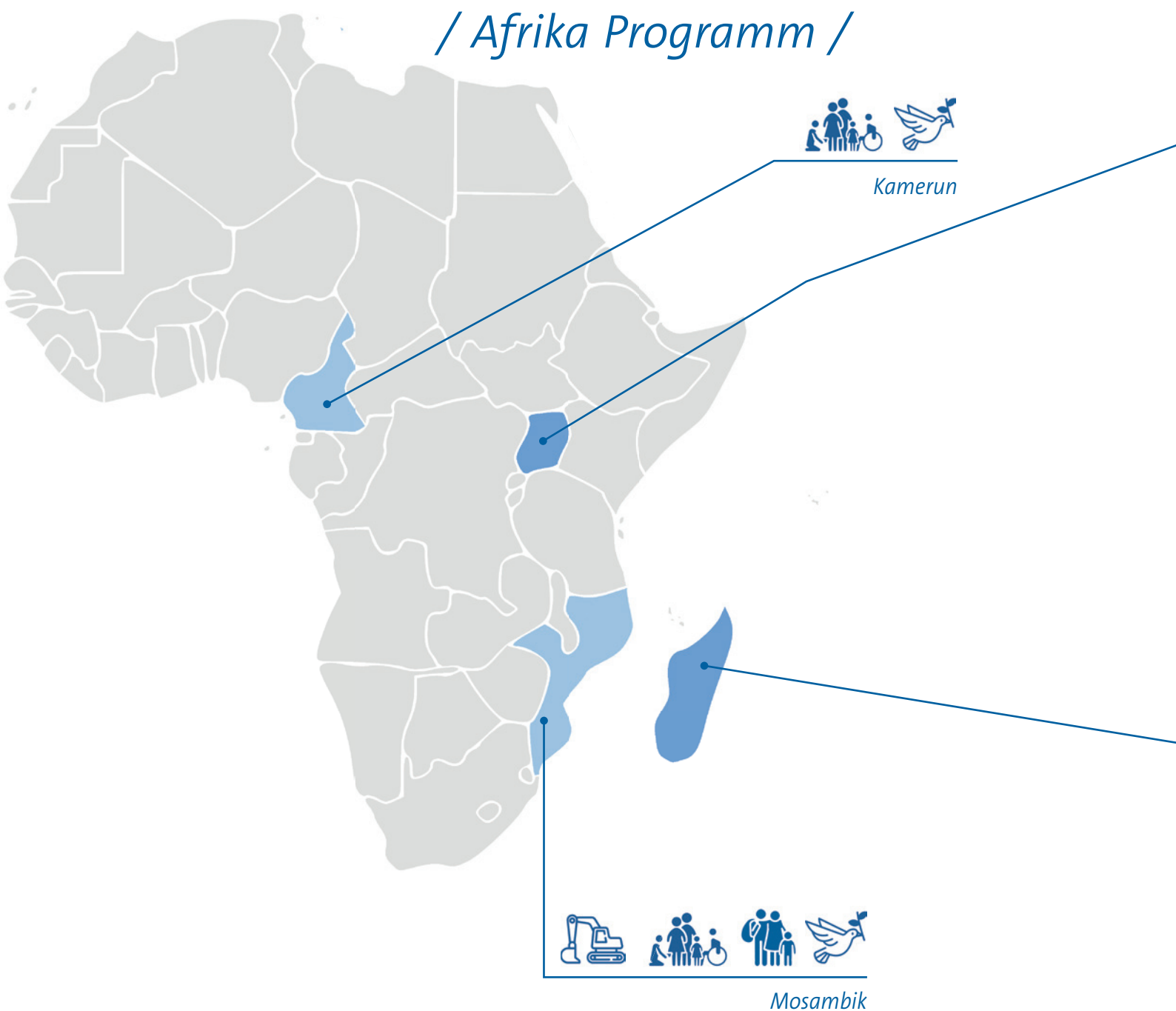
Ein Vertreter der lokalen Zivilgesellschaft hält einen Vortrag bei einem FI-Workshop in Kampala, Uganda.

Bewertung des UN-geführten Joint Programme for Human Rights (UNJP) und kritisierte gemeinsam mit anderen Organisationen die mangelnde Glaubwürdigkeit der von der philippinischen Regierung geschaffenen Überwachungsstelle.

Franziskanerinnen und Franziskaner setzen sich traditionell schon seit langer Zeit für die Menschenrechte von Migrierenden und anderen Menschen ein, die vor Armut, Unsicherheit, Verfolgung oder dem Klimawandel fliehen. Die Arbeit von Franciscans International besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Erfahrungen von Menschen auf der Flucht – die feindseligen Maßnahmen, Praktiken und Verhalten ausgesetzt sind – bei den UN-Organen gehört werden und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. So ermöglichten wir es Betroffenen aus dem Vereinigten Königreich aus erster Hand zu berichten, welche Auswirkungen Gesetze wie der Safety of Rwanda Act haben. Dieser erlaubt Abschiebungen während der Bearbeitung von Asylanträgen und verletzt damit nationales und internationales Recht. Da uns bewusst ist, dass das Thema Migration in Europa weitere Dimensionen hat, haben wir unsere Kräfte auf regionaler Ebene gebündelt und uns bei einem Workshop in Marokko an der strategischen Planung des neu geschaffenen Franziskanischen Mittelmeer-Netzwerks beteiligt.

Auf dem amerikanischen Kontinent setzte FI seine enge Zusammenarbeit mit dem Franziskanischen Netzwerk für Migration (FNM) fort und unterstützte dabei, Advocacy-Kapazitäten aufzubauen und bei den Vereinten Nationen auf die Situation von Migrierenden in der Region aufmerksam zu machen. Diese sind infolge von Strafmaßnahmen und unzureichenden institutionellen Schutzmechanismen gezwungen, immer gefährlichere Routen zu wählen. Auf der Basis von Informationen, die von Schutzunterkünften des FNM zusammengetragen wurden, forderten wir eine Überprüfung der Migrationspolitik Mexikos, die weiter auf Militarisierung und Kriminalisierung ausgerichtet ist. Der Fall Mexikos steht stellvertretend für ähnliche Tendenzen, die auch anderswo auf dem amerikanischen Kontinent zu beobachten sind. Im Rahmen der kontinuierlichen Stärkung des Franziskanischen Netzwerk für Migration unterstützten wir das Team in Kolumbien bei Dokumentationstätigkeiten und boten für alle FNM-Länderteams eine Online-Schulung zum Cartagena+40-Prozess an, als das Netzwerk eine Beteiligung an dieser Initiative für strategisch erachtete, bei der es um die Stärkung umfangreicher Schutzmaßnahmen für Vertriebene in Lateinamerika und der Karibik geht.

/ Afrika Programm /



Das Afrika-Programm in Kurzform

- FI unterstützte 10 lokale Gruppen in 4 verschiedenen Ländern.
- FI lud 2 Partner aus Madagaskar ein.
- FI organisierte 2 Fortbildungsmissionen nach Madagaskar und Uganda.
- FI gab 3 Stellungnahmen bei relevanten UN-Sitzungen ab.
- FI reichte 3 Berichte bei den UN ein, darunter zu klimabedingter Migration in Madagaskar, zu Kinderrechten in Uganda und zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Demokratischen Republik Kongo.
- FI veröffentlichte 1 Advocacy-Papier mit der Zusammenfassung unserer Forderungen für die UPR-Überprüfung Madagaskars.



Uganda



Trotz vorhandener juristischer und verfassungsrechtlicher Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen ist die Verwirklichung und Durchsetzung vieler dieser Maßnahmen nach wie vor nur unzureichend. Fest verankerte patriarchalische Strukturen, grausame traditionelle Praktiken und extreme Armut führen dazu, dass Frauen einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, darunter weibliche Genitalverstümmelung, frühe Zwangsverheiratungen und Menschenhandel. Wenn staatliche Strukturen schwach sind, muss sich oftmals die Zivilgesellschaft um die Unterstützung der Opfer kümmern.

So entschieden sich Mitglieder der franziskanischen Familie in Uganda ab dem Jahr 2021 erneut, ihre Arbeit vor Ort dadurch zu stärken, indem sie diese Probleme bei den Vereinten Nationen vorbringen, um so ihre Regierung zum Handeln zu zwingen. Nachdem sie an mehreren von FI organisierten Fortbildungs-Workshops teilgenommen hatten, reichten sie Berichte beim UPR-Überprüfungsverfahren, beim Menschenrechtsausschuss und beim Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau ein. Im September besuchte Franciscans International Kampala, um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Advocacy-Tätigkeiten zu machen und einen Bericht für die Überprüfung Ugandas durch den Ausschuss für die Rechte des Kindes vorzubereiten. Dies bot eine zusätzliche Möglichkeit, um Falldokumentationen vorzulegen und politische Empfehlungen an die Regierung zu geben.



Madagaskar

Anhaltende Dürren und dadurch verursachte Hungersnöte im Süden Madagaskars sind die Ursache für eine Welle von Binnenmigration in den Norden des Landes. Dies führt unter anderem auch zu wachsenden Spannungen zwischen den Vertriebenen und den Aufnahmegemeinschaften. Durch diese Binnenmigration wurden auch schwerwiegende Versäumnisse der Regierung sichtbar, sowohl was ihre Reaktionen auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen betrifft als auch bei der Bekämpfung der ökologischen Ursachen, die diese Krise hervorgerufen und verschärft haben. Im Mai führte die Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung des Franziskanischen Säkularordens eine Reihe von Gesprächen mit Betroffenen im Norden der Region Mahajanga, um die Herausforderungen besser einschätzen zu können.



Franciscans International reiste kurz darauf nach Madagaskar und unterstützte dabei, die Ergebnisse aus den Interviews in weiterführende Vernetzungs- und Advocacy-Möglichkeiten einfließen zu lassen, darunter auch Madagaskars bevorstehendes UPR-Überprüfungsverfahren. Im November luden wir zwei junge Franziskaner des Franziskanischen Säkularordens zu den UPR-Vorbereitungssitzungen ein, wo sie an einer Podiumsdiskussion der Zivilgesellschaft teilnahmen. Während ihres Besuchs trafen sie sich auch mit mehreren ständigen Vertretungen in Genf und konnten dort Hintergründe zu ihren Empfehlungen erläutern, die sie ihrer Regierung in Bezug auf klimabedingte Migration, Umweltschutz und extreme Armut gegeben hatten.

Uganda
Schwester Leonie Kindiki LSOF nimmt an einem Vorbereitungstreffen im Vorfeld der Überprüfung Ugandas durch die Kommission für die Rechte des Kindes teil.

Madagaskar
Junge Franziskaner während eines Fortbildungs-Workshops in Antananarivo



Fabiola Todisoa OFS –

„Es war wichtig für mich, dort gewesen zu sein.“

In Madagaskars tiefstem Süden verstärkt sich die Klimakrise langsam, aber unbittlich. Seit Jahren kämpfen die Gemeinschaften mit Armut, Ernährungsunsicherheit und schwach entwickelter Infrastruktur. Doch in letzter Zeit haben die Auswirkungen des Klimawandels – insbesondere anhaltende Dürren und zunehmend unregelmäßige Regenfälle – die Familien in verzweifelte Situationen gebracht. Um dem Hunger zu entkommen, fliehen immer mehr Menschen in den Norden, was zu erhöhtem Druck auf die Aufnahmegemeinschaften führt und Spannungen verstärkt.

„Binnenmigration ist ein Thema, das während der UPR-Überprüfung Madagaskars noch nicht diskutiert worden ist“, sagt Fabiola Todisoa, ein junges Mitglied des Franziskanischen Säkularordens in der Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (JPIC) Madagaskars. „Es ist wichtig, dies jetzt anzusprechen, da viele Menschenrechte durch Umweltzerstörung verletzt werden.“

Fabiola reiste im Dezember 2024 nach Genf, um an der Vorbereitungssitzung für den Universal Periodic Review (UPR) teilzunehmen (beim UPR handelt es sich um einen Mechanismus der Vereinten Nationen, bei dem die Menschenrechtssituation eines jeden Mitgliedstaats regelmäßig überprüft wird). Sie wurde ausgewählt, um bei der Podiumsdiskussion der Zivilgesellschaft zu sprechen und gegenüber Diplomaten eine formelle Erklärung abzugeben, in der die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Vertreibung und dem Recht auf eine gesunde Umwelt hervorgehoben wurden.

„Viele Menschen haben daran mitgewirkt, dass ich bei den Vereinten Nationen vorsprechen kann, und diese Menschen vertrauen mir, daher kann dies durchaus stressig sein“, meint sie rückblickend. „Es war wichtig für mich, dort gewesen zu sein.“

Während ihres Aufenthalts in Genf traf Fabiola auch mit diplomatischen Missionen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen, die sich mit ähnlichen Problematiken befassen. Gemeinsam setzten sie sich für konkrete Empfehlungen an die Regierung von Madagaskar ein, darunter die Notwendigkeit politischer Strategien für Binnenmigration, stärkere Schutzmaßnahmen für Vertriebene sowie Umweltrichtlinien, die die Bedürfnisse ausgegrenzter Gemeinschaften berücksichtigen.

Diese Erfahrung hat für Fabiola die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Advocacy-Arbeit unterstrichen: „Wir können nicht für uns allein arbeiten“, sagt sie. Mit Blick auf die Zukunft hofft sie, dass der Dialog, zu dem sie in Genf beigetragen hat, zu einer spürbaren Veränderung in ihrer Heimat führen wird. Der erste Meilenstein dafür wurde erreicht. Binnenmigration wurde zum ersten Mal als Menschenrechtsproblem im UPR-Verfahren erwähnt, und die Regierung Madagaskars hat sich bereit erklärt, Empfehlungen zu erarbeiten, um relevante politische Strategien zu stärken und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um binnenvertriebene Menschen zu schützen und die Auswirkungen des Klimawandels im Land zu bekämpfen.

Julio Gonzalez –

„Unsere Demokratie ist nur eine Fassade.“

In den trockenen Hügeln im Südosten Guatemalas hat die Aussicht auf Gold nichts als Konflikte gebracht. Seit fast 20 Jahren werden die Gemeinschaften von Asunción Mita durch die in kanadischem Besitz befindliche Cerro Blanco-Mine in Mitleidenschaft gezogen: Durch die Stollen wird das Land zerpflegt und lebenswichtigen Wasserquellen droht die Verschmutzung.



Julio Gonzalez, seit vielen Jahren Mitglied des Umweltkollektivs Madre Selva, hat lokale Gemeinschaften bei ihrem Kampf unterstützt, die natürlichen Ressourcen zu verteidigen und ihre Rechte einzufordern. „Viele Arbeiter haben körperliche Beeinträchtigungen erlitten“, erinnert er sich. „Menschen haben ihr Gehör verloren, Unfälle erlitten, aber die Minenbetreiber haben sich einfach nicht um sie gekümmert.“

In Cerro Blanco sollte ursprünglich unter Tage gefördert werden, aber als dieser Ansatz nicht funktionierte, machte ein neuer Eigentümer den Vorschlag, mit derselben Konzession auf offenen Tagebau umzusteigen. Durch dieses Bergbauprojekt droht eine grenzüberschreitende Verschmutzung des Güija-Sees und des Lempa-Flusses in El Salvador. „Es ist nicht nur ein lokales Problem“, sagt Julio. „Der Lempa-Fluss versorgt 4 bis 5 Millionen Menschen in El Salvador mit Wasser.“

Über Madre Selva hat Julio zu einer detaillierten und umfassenden Falldokumentation beigetragen, die von Rechtsbeschwerden über unabhängige Wasserüberwachung bis hin zu Arsentests bei ehemaligen Bergarbeitern sowie Studien zu langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen reicht. „Sobald eine Mine geschlossen wird, taucht nach und nach Arsen im Trinkwasser, in Brunnen und in Flüssen auf“, sagt er. „Es geht nicht weg.“ Madre Selva hat auch das systemische Versagen der Bergbauaufsicht in Guatemala dokumentiert. Trotz gesetzlicher Anforderungen erlaubten die Behörden es Unternehmen, die Konsultation mit betroffenen Gemeinschaften zu unterlassen. „Aktuell besteht der größte soziale Konflikt bei Projekten, die vom Staat genehmigt wurden und bei denen diese Konsultationsrechte verletzt wurden“, sagt Julio.

Julios Zusammenarbeit mit den Franziskanern beim Cerro Blanco-Bergbauprojekt und anderen Fälle von Rohstoffabbau führten ihn im Jahr 2024 auch nach Genf. Im Menschenrechtsrat konnte er das Fehlen angemessener Konsultation, das hohe Maß an Korruption und die Auswirkungen des industriellen Rohstoffabbaus auf die Umwelt in seinem Land anprangern. „Unsere Demokratie ist nur eine Fassade“, sagte er. „Die Macht ist nicht auf der Seite der entrechteten Menschen. Sie ist bei großen transnationalen Unternehmen.“

Trotz Drohungen, Kriminalisierung und chronischer Unterfinanzierung setzt das Madre Selva-Kollektiv seinen Widerstand fort. „Ich schätze die Möglichkeit, mit Franziskanern zusammenzuarbeiten, die mich hierher eingeladen haben“, sagte Julio. „Dies gibt uns die Möglichkeit, zu sagen, was wir zu sagen haben, damit die Willkür und die Verstöße, die durch Unternehmensinteressen verursacht werden, sichtbar gemacht werden. Wir hoffen, dass in diesen internationalen Bereichen nach und nach die Glaubwürdigkeit wiederhergestellt wird.“

/ Amerika-Programm /



Mexiko



Guatemala

Rohstoffabbau in Guatemala hat zu einer Vielzahl an Problemen geführt, wie Wasserverschmutzung und wachsende Konflikte in den umliegenden Gemeinden. Aufgrund der weit verbreiteten Korruption und einer Justiz mit Eigeninteressen lässt sich Rechenschaftspflicht nur schwerlich durch nationale Maßnahmen durchsetzen. Zudem werden Menschenrechtsverteidiger, die sich für den Schutz von Land und Umwelt einsetzen, kriminalisiert und angegriffen.

Im Mai besuchten wir vier lokale Gemeinschaften, die von Rohstoffabbau-Projekten betroffen sind, und nahmen an einem franziskanischen Workshop für „Hüter des gemeinsamen Hauses“ teil. Die Informationen, die wir während dieser Untersuchungsreise aus erster Hand sammeln konnten, bildeten die Grundlage für spätere Interventionen bei den Vereinten Nationen. FI lud auch einen Vertreter von der Basis nach Genf ein, der beim UN-Menschenrechtsrat auf die Herausforderungen der indigenen Völker Guatemalas aufmerksam machte. Diese mussten hinnehmen, dass Rohstoffabbau auf ihrem traditionellen Land erfolgte, ohne dass sie ihre freie Einwilligung nach vorheriger Aufklärung gegeben hatten.



Panama



Kolumbien

Kolumbien hat fast drei Millionen Menschen aus Venezuela aufgenommen, die vor der katastrophalen wirtschaftlichen Situation und der politischen Unterdrückung über die Grenze geflohen sind. Obwohl die Regierung den meisten dieser Migrierenden befristete Schutzgenehmigungen gewährt hat, stehen sie immer noch vor einer Vielzahl von Herausforderungen, darunter Diskriminierung, Ausbeutung sowie Einschränkungen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung. Im Sinne des „Kultur der Begegnung“-Gedankens bieten Mitglieder der franziskanischen Familie diesen Menschen verschiedene Arten von Unterstützung an: Sie leisten unter anderem psychosoziale Unterstützung und helfen ihnen, Netzwerke für Solidarität und gegenseitige Hilfe aufzubauen und zu stärken.



Diese Vernetzungen sind auch die Grundlage für ein Rechercheprojekt des Franziskanischen Netzwerks für Migration (FNM), das zum Ziel hat, die spezifischen Herausforderungen, mit denen Migrierende aus Venezuela konfrontiert sind, besser zu verstehen. Im August haben wir gemeinsam mit Franziskanerinnen und Franziskanern an einer Reihe von Diskussionen mit Fokusgruppen in Armenia, Cali und Medellín teilgenommen. Die Studie soll vom FNM im Jahr 2025 abgeschlossen und den betroffenen Gruppen aus Venezuela sowie anderen relevanten Beteiligten auf lokaler und internationaler Ebene vorgestellt werden.

Guatemala
Teilnehmende an einem Workshop für
„Hüter unseres gemeinsamen Hauses“ in
San Juan Sacatepéquez

Kolumbien
FI nimmt an einer
Fokusgruppendifkussion mit
venezolanischen Migrierenden in
Armenia, Kolumbien, teil.



Honduras



Brasilien

Das Amerika-Programm in Kurzform

- FI unterstützte 8 lokale Gruppen in 6 verschiedenen Ländern sowie 1 regionale Gruppe.
- FI lud 3 Partner aus Brasilien, Guatemala und Honduras nach Genf ein.
- FI führte 2 Länderbesuche in Kolumbien und Guatemala durch.
- FI reichte 2 Berichte bei den UN über die Rechte von Migrierenden in Brasilien sowie über die Rechte von Migrierenden in Mexiko ein.
- FI gab 6 Stellungnahmen bei relevanten UN-Sitzungen ab.
- FI organisierte 3 Parallelveranstaltungen zur Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern und Rechtsvertretern in Guatemala sowie zum UPR-Überprüfungsverfahren Mexikos.
- FI leitete 1 Online-Workshop zum „Cartagena+40“-Prozess für das Franziskanische Netzwerk für Migration.

/ Asien-Pazifik-Programm /



Sri Lanka

Sechs Jahre nach dem Terroranschlag am Ostersonntag 2019, bei dem 296 Menschen ums Leben kamen, warten die überlebenden Opfer immer noch auf Gerechtigkeit. Trotz mehrerer Untersuchungen wurden Beweise für schwerwiegende Versäumnisse von führenden Politikern und Sicherheitsbeamten wiederholt ignoriert oder vertuscht. Dieser Mangel an Rechenschaftspflicht ist symptomatisch für das allgemeine Klima von Straflosigkeit in Sri Lanka, das von Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs bis hin zu Ausbeutung und zum Missbrauch von Arbeitskräften auf Teeplantagen reicht.

Fi lud erneut Kardinal Malcolm Ranjith, Erzbischof von Colombo, nach Genf ein, wo er sich für eine Resolution des Menschenrechtsrats einsetzte, durch die Versöhnung und Rechenschaftspflicht in Sri Lanka gefördert werden sollte. Die Resolution wurde schließlich angenommen und damit das Sri Lanka Accountability Project (SLAP) verlängert, dessen Aufgabe es ist, Belege und Zeugenaussagen für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zusammenzutragen, darunter auch diejenigen im Zusammenhang mit den Anschlägen vom Ostersonntag 2019.

Das Asien-Pazifik-Programm in Kurzform

- FI unterstützte 24 lokale Gruppen in 5 verschiedenen Ländern.
- FI lud 5 Partner aus Indonesien, den Philippinen und Sri Lanka nach Genf ein.
- FI unterstützte 1 Partner bei der Verbesserung seiner Englischkenntnisse sowie 1 Partner bei einer Menschenrechtsfortbildung.
- FI führte 1 Ländermission nach Indonesien durch, einschließlich strategischer Besuche in West-Papua, Jakarta und Suva (Fidschi).
- FI gab 13 Stellungnahmen bei relevanten UN-Sitzungen ab.
- FI reichte 6 Berichte bei den UN ein über die Lage in West-Papua, auf den Salomonen und auf den Philippinen.
- FI führte 1 Online-Workshop für Partner auf den Salomonen durch zwecks Vorbereitung des UPR-Überprüfungsverfahrens.
- FI organisierte 2 Parallelveranstaltungen zu außergerichtlichen Tötungen in West-Papua und auf den Philippinen.



Myanmar



Die Philippinen



Indonesien

Die Menschenrechtskrise in West-Papua setzt sich unvermindert fort: Es kommt weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtlichen Tötungen, internen Vertreibungen infolge bewaffneter Konflikte und Einschränkungen der Bürgerrechte. In den letzten Jahren nehmen auch Fälle von Land-Grabbing zwecks Entwicklung von Palmölplantagen und anderen landwirtschaftlichen Monokultur-Projekten zu. Da der Zugang für humanitäre Organisationen, Journalisten und internationale Beobachtende nach wie vor eingeschränkt ist, gehören franziskanische Schwestern und Brüder und andere religiöse Gruppen zu den wenigen, die in der Lage sind, die Situation vor Ort zu dokumentieren und Unterstützung für die Menschen zu leisten, die durch Konflikte und Entwicklungsprojekte vertrieben wurden.

FI empfing Bruder Alexandro Rangga OFM in Genf, der diese Probleme während der Untersuchung Indonesiens durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den UN-Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte aufzeigte. Unsere Advocacy-Tätigkeiten im gesamten pazifischen Raum wurden zudem durch neue Initiativen der franziskanischen Familie verstärkt. In Fidschi trafen wir uns mit zivilgesellschaftlichen und religiösen Akteuren, um in einem ersten Schritt Regierungen in der Region dazu zu bringen, bei bilateralen Treffen und in internationalen Foren konsequent auf die Menschenrechtsverletzungen in West-Papua hinzuweisen.



Sri Lanka
Vater Everest Dias Anthonyaiah gibt eine Erklärung vor dem Menschenrechtsrat ab.

Indonesien
Franciscans International trifft sich mit Peter Loy Chong, Erzbischof von Suva.



Salomonen



José Rico OFM Cap – „Wenn die Natur mit Füßen getreten und ausgebeutet wird, wer leidet darunter?“

Die Meeresstraße Verde Island Passage (VIP) wird auch als „Amazonas der Ozeane“ bezeichnet und weist eine enorme Artenvielfalt auf, sowohl über als auch unter der Wasseroberfläche. Seit Generationen bilden die Küsten und Strände die Lebensgrundlage der lokalen Gemeinschaften dank der reichen Fischbestände sowie der Touristen, die von den unberührten Stränden angezogen werden. Heute sind diese Lebensgrundlagen in Gefahr: Die philippinischen Behörden planen einen massiven Ausbau der Flüssiggas-Infrastruktur in der Region. Obwohl die Regierung behauptet, dass dadurch das Wirtschaftswachstum angekurbelt und die Kohleenergie im Land abgelöst wird, wissen die Menschen in Santa Clara, wie hoch der wahre Preis einer solchen Entwicklung sein kann.

Seitdem ein Flüssiggas-Terminal am Rande dieser kleinen Fischergemeinde gebaut wurde, liegen ständig Bunkerschiffe vor der Küste, die Treibstoff aus Japan und den Golfstaaten transportieren. Der Meeresboden wurde ausgebaggert, um den riesigen Schiffen die Zufahrt zu ermöglichen, und dadurch wurden die Fischereigründe zerstört. Trotz der Behauptungen der örtlichen Behörden, die Flüssiggas-Anlagen seien sicher, ist die Zahl der Lungenerkrankungen in Santa Clara sprunghaft angestiegen.

„Wenn die Natur mit Füßen getreten und ausgebeutet wird, wer leidet darunter? Es sind die armen Menschen, die kleinen Menschen, die leiden, wenn sich die Interessen an großen Unternehmen orientieren, die nur darauf abzielen, sich zu bereichern“, sagt Bruder José Rico OFM Cap, der in Santa Clara wohl bekannt und geschätzt ist. „Sie haben diese Anlagen gebaut, um die ganze Provinz Batangas mit Strom zu versorgen – doch die Menschen, die in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft leben, haben keinen Zugang zu Energie. Es ist ein großer Kontrast, ein Widerspruch.“

Die Philippinen haben sich zwar für Erdgas als Brückenbrennstoff entschieden, aber es gibt keinen klaren Plan für die Energiequelle der Zukunft. Die Zivilgesellschaft hat in dieser unklaren Lage die Initiative ergriffen und plant, Sonnenkollektoren auf zehn Millionen Dächern zu installieren. Auch Franciscans International hat mit seinen Verbündeten begonnen, internationalen Druck auszuüben, um die Einrichtung neuer Flüssiggas-Anlagen zu stoppen. Gemeinsam machten sie die entsprechenden Risiken bei den Vereinten Nationen und bei kritischen Aktionsinitiativen bekannt, dabei waren vor allem die Banken, die diese Projekte finanzieren, im Fokus.

Es besteht immer noch die Hoffnung, dass die Rechenschaftspflicht der Banken dem ein Ende setzt. Es gibt immer noch Orte, die unberührt sind“, sagt Bruder José. „Dort leben einfache Menschen mit einem einfachen Lebensstil, der die Schönheit dieses Ortes nicht zerstören wird. Vielleicht in der Zukunft, wenn die Flüssiggas-Energie aufgebraucht ist und alternative Energien genutzt werden, könnte dieser Ort ein Vorbild sein.“

Abigail Martin – „Wir sind zwar nicht der schlechteste Ort der Welt, aber das ist schlimm.“

Nach dem Brexit-Referendum und dem Versprechen, „wieder die Kontrolle zu übernehmen“, wurde das Vereinigte Königreich zum Vorreiter bei der Planung einer der härtesten Migrationspolitiken in Europa. „Es war die politische Strategie der konservativen Partei, unser Land zu einer flüchtlingsfeindlichen Umgebung zu machen. So unglaublich es ist, dass sie diese Worte tatsächlich benutzt haben, aber sie waren wirklich stolz darauf“, sagt Abigail Martin, Leiterin des Flüchtlingszentrum St. Chad Sanctuary in Birmingham. „Nachdem es einige kritische Reaktionen gab, haben sie die Bezeichnung geändert. Aber seither ist alles einfach nur noch schlimmer geworden.“

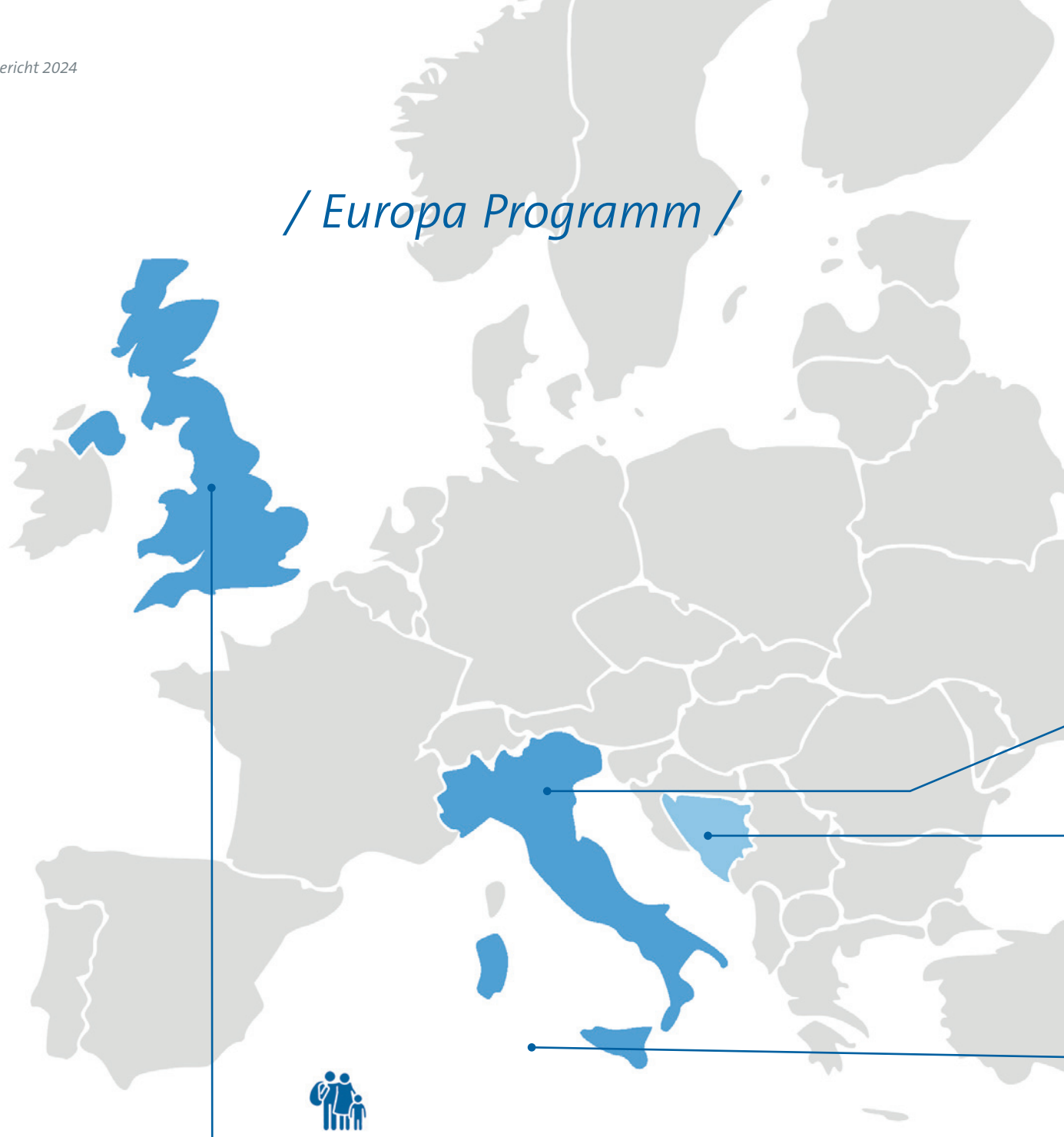


Asylsuchende im Vereinigten Königreich erhalten nur neun britische Pfund pro Tag als Lebensunterhalt. Solange ihre Anträge bearbeitet werden, dürfen sie weder arbeiten noch eine weiterführende Schule besuchen und auch nicht an Englischkursen teilnehmen. Obwohl eigentlich innerhalb von sechs Monaten abschließend über Asylanträge entschieden werden sollte, hat das Einwanderungssystem größtenteils überhaupt nicht funktioniert. Und so hat die Regierung diese Zielvorgabe einfach nicht eingehalten und Menschen waren jahrelang in einem Schwebezustand. Zusammen mit sechs Mitarbeitenden und ca. Hundert Freiwilligen – darunter auch einige Franziskanerbrüder – nahm Abigail im Jahr 2024 über 2.000 Migrierende in St. Chad's auf. Sie versorgten sie mit Dingen des täglichen Bedarfs und boten ihnen Englischkurse sowie Möglichkeiten zu ehrenamtlichen Beschäftigungen.

Die Abschreckungsversuche gegen Migrierende fanden ihren Höhepunkt im so genannten Ruanda-Programm. Im Rahmen dieses Vorhabens sollten Asylsuchende während der Bearbeitungsdauer ihrer Anträge in das kleine ostafrikanische Land Ruanda abgeschoben werden. Auch wenn die Abschiebeflüge immer wieder ausgesetzt wurden, sorgten plötzliche Verhaftungswellen für Angst und Chaos. Diese politischen Maßnahmen verstießen gegen internationale und europäische Abkommen sowie auch gegen ein Urteil des Obersten Gerichts des Vereinigten Königreichs selbst – doch die britische Regierung ließ nicht locker. Mit Hilfe von Franciscans International wandte sich Abigail an die Vereinten Nationen und prangerte das Vorgehen beim Menschenrechtsrat an.

„Wir versuchen, den Menschen zu helfen, aber wir werden immer wieder abgewürgt. Wir hatten das Gefühl, dass die Regierung uns klein halten wollte, aber vielleicht gibt es ja jemanden über ihnen, der uns zuhört“, sagt sie. „Uns alle in St. Chad hat der Gedanke ermutigt, dass wir der Welt mitteilen können, dass wir zwar nicht der schlechteste Ort der Welt sind, aber dies wirklich schlimm ist.“

/ Europa Programm /



Vereinigtes Königreich

Während des gesamten Jahres äußerte Franciscans International Kritik an mehreren Gesetzesentwürfen der britischen Regierung, die im Widerspruch zu den eigenen nationalen Gesetzen sowie zu seinen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen standen. Der Legacy Act hätte zukünftige Untersuchungen und Gerichtsverfahren zu Todesfällen während des Bürgerkriegs in Nordirland eingeschränkt und damit Rechenschaftspflicht für Opfer in Nordirland erschwert. Gesetzesvorhaben wie der Migration Act und der Safety of Rwanda Act hätten die Abschiebung von Asylsuchenden nach Ostafrika ermöglicht.

Da die Behörden nicht auf die kritischen Stimmen im Land reagierten, lud FI Abigail Martin vom Flüchtlingszentrum St. Chad Sanctuary in Birmingham zur Sitzung des Menschenrechtsrats im Juni nach Genf ein. Sie berichtete aus erster Hand von ihrer Arbeit mit Migrierenden und Flüchtlingen und dem Klima von Angst, das diese geplanten Maßnahmen bereits verursacht haben. Die im Juli 2024 gewählte neue Regierung hat versprochen, den Safety of Rwanda Act aufzuheben.

Das Europa-Programm in Kurzform

- FI unterstützte 6 lokale Gruppen in 3 verschiedenen Ländern sowie 1 regionale Gruppe.
- FI lud 3 Partner aus Italien, Bosnien-Herzegowina und dem Vereinigten Königreich nach Genf ein.
- FI führte 2 Länderbesuche in Italien und Marokko durch.
- FI gab 3 Stellungnahmen bei relevanten UN-Sitzungen ab.
- FI reichte 3 Berichte bei den UN ein im Vorfeld der UPR-Überprüfungsverfahren von Italien und Bosnien-Herzegowina sowie zur Problematik vermisster Migrierenden im Mittelmeerraum ein.



Italien

Im April organisierte FI in Assisi eine Konsultation mit franziskanischen Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Regionen. Ziel war dabei eine Bestandsaufnahme von Menschenrechtsproblemen, mit denen sich Franziskanerinnen und Franziskaner in Italien bereits im Rahmen ihrer seelsorgerischen Arbeit befassen. Außerdem sollte untersucht werden, wie diese Aktivitäten durch Advocacy-Arbeit bei den Vereinten Nationen gefördert werden könnten. In einem zweitägigen Workshop identifizierten die Teilnehmenden vier entsprechende Bereiche, nämlich die Rechte von Gefangenen, der Zugang zu öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, der Schutz italienischer Wälder und die Rechte von Migrierenden.

Im Anschluss an diesen Workshop hat die franziskanische Familie in Italien in enger Zusammenarbeit mit FI die gesammelten Informationen konsolidiert und konkrete Empfehlungen abgeleitet, um die ermittelten Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Diese Ergebnisse wurden anschließend im Vorfeld des für das Jahr 2025 geplanten UPR-Überprüfungsverfahrens Italiens eingereicht (beim UPR handelt es sich um einen Mechanismus, bei dem die Menschenrechtsbilanz aller UN-Mitgliedstaaten routinemäßig überprüft wird). Im November empfing FI Sister Charity Nkandu SFMA in Genf, die an UPR-Vorbereitungssitzungen teilnahm und so die franziskanischen Empfehlungen direkt mit Diplomaten und anderen Interessengruppen besprechen konnte.



Bosnien und Herzegowina



Mittelmeerraum

Vereinigtes Königreich
Abigail Martin unterrichtet im St. Chad's
Sanctuary in Birmingham.

Italien
Franziskanerschwestern und -brüder in
Assisi bereiten sich auf das UPR-
Überprüfungsverfahren Italiens vor.

Finanzbericht 2024

Gepüft durch PricewaterhouseCoopers SA

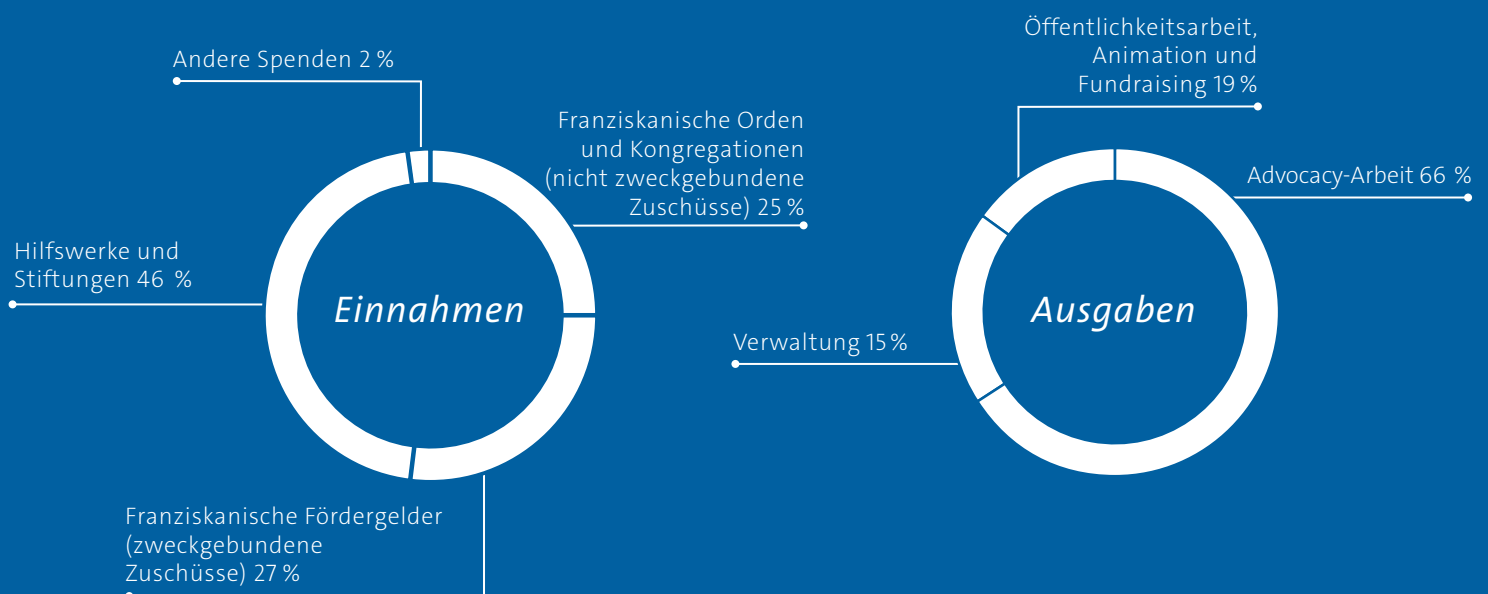
Einnahmen 1.311.577 CHF

Franziskanische Orden und Kongregationen (nicht zweckgebundene Zuschüsse)	323.862
Franziskanische Fördergelder (zweckgebundene Zuschüsse)	349.591
Hilfswerke und Stiftungen	609.655
Andere Spenden	28.469

Ausgaben 1.271.753 CHF

Advocacy-Arbeit	834.296
Öffentlichkeitsarbeit, Animation und Fundraising	239.828
Verwaltung	197.629

Summe nicht operative Einnahmen und Ausgaben	46.318
--	--------



Helfen Sie uns, die Menschenwürde und die Umwelt zu schützen!

Franciscans International ist vollständig abhängig von Zuschüssen der franziskanischen Orden, Provinzen und Kongregationen und von Spenden von Institutionen und Einzelpersonen, denen die franziskanischen Werte der Solidarität, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Achtung vor der Schöpfung am Herzen liegen.

Tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei, dass wir die Menschenwürde und die Umwelt schützen können.

So können Sie uns Ihre Spende zukommen lassen:

- Via Internet über www.franciscansinternational.org/donate
- Per Banküberweisung:
Kontoinhaber: Franciscans International
Adresse des Kontoinhabers: Rue de Vermont 37–39, CH-1202 Genf

Bankinstitut: UBS SA
Adresse: Route de Florissant 59, CH-1206 Genf
SWIFT/BIC: UBSWCHZH80A
IBAN: CH69 0024 0240 3573 8401 F

- Wenn Sie in den USA ansässig sind, können Sie per Scheck spenden an:
Franciscans International
246 East 46th Street Apt. 1F
NY 10017-2937, New York
United States



Franciscans International ist eine eingetragene gemeinnützige Organisation. Spenden sind in der Schweiz, den USA und in Deutschland steuerlich absetzbar. Für weitere Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten für unsere Arbeit wenden Sie sich bitte an: donations@franciscansinternational.org

Dank an die Spenderinnen und Spender

Franciscans International möchte den franziskanischen Orden, Provinzen und Kongregationen sowie allen Einzelspenderinnen und -spendern aufrichtigen Dank aussprechen für die Unterstützung der gemeinsamen Aufgabe.

Auch den folgenden Hilfswerken danken wir für ihre großzügige Finanzierung im Jahr 2024: Brot für die Welt (Deutschland), Dreikönigsaktion (Österreich), Fastenaktion (Schweiz), Franciscan Missions (USA), Franziskaner Helfen (Deutschland), Franziskaner Mission (Deutschland), Misesan Cara (Irland), Misereor (Deutschland), Rose Marie Khoo Foundation (Singapur/Schweiz), Trócaire (Irland).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Blair Matheson TSSF

Geschäftsführer

Budi Tjahjono

Leiter der Advocacy-Arbeit

Cédric Chatelangat

Leiter für institutionelle Entwicklung

Cynthia Bringollet

Mitarbeiterin für Projektmanagement
und Kommunikation

James Donegan OFMCap

Partnerbeauftragter

Marya Farah

Vertreterin bei der UN in New York

Thomas Kleinveld

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Lourdes Briones

Finanzbeauftragte

Gyan Kothari

Koordinator des
Asien-Pazifik-Programms

Eunan McMullan OFM

Koordinator des
Europa-Programms

Panuga Pulenthiran

Koordinatorin des
Afrika-Programms

Olivia Solari Yrigoyen

Koordinatorin des
Amerika-Programms

Marie Demmler

Praktikantin

Cristofer Fernández OFMConv

Praktikant

Internationaler Vorstand

Michael Perry OFM

Vertreter des Ordens der Minderen
Brüder

Vicente Imhof OFMConv

Vertreter der Minoriten

Benedict Ayodi OFMCap

Vertreter der Kapuziner

José Eduardo Jazo Tarín TOR

Vertreter des Regulierten Dritten
Ordens

Charity Lydia Katongo Nkandu SFMA

Vertreterin der Internationalen Franziskanischen Konferenz der
Schwestern und Brüder des Regulierten Dritten Ordens

Carolyn D. Townes OFS

Vertreterin des Franziskanischen
Säkularordens

Christopher John SSF

Vertreter der Anglikanischen
Franziskanischen Gemeinschaft

Blair Matheson TSSF

Geschäftsführer von
Franciscans International
(von Amts wegen)

Unsere Vision

Eine Weltgemeinschaft, in der die Würde jedes Menschen geachtet wird, die Ressourcen gerecht geteilt werden, die Umwelt bewahrt wird sowie Nationen und Völker miteinander in Frieden leben.

Unsere Mission

Franciscans International setzt sich bei den Vereinten Nationen für den Schutz der Menschenwürde und für Umweltgerechtigkeit ein und verfolgt dabei einen rechtebasierten Ansatz.



Franciscans International
A voice at the United Nations

Genf

37–39 Rue de Vermont, Postfach 104, CH-1211 Genf 20, Schweiz
+41 22 779 40 10 / geneva@franciscansinternational.org

New York

246 East 46th Street Apt. 1F, New York, NY 10017-2927, United States
+1 (917) 675 10 70 / newyork@franciscansinternational.org

www.franciscansinternational.org

